

Für die Presse

Russland-Ukraine-Konflikt, Menschenwürdige Arbeit und Wechsel in der Geschäftsführung bei der Frühjahrskommissionssitzung

Bonn 06.03.2018 Der Russland-Ukraine-Konflikt und Menschenwürdige Arbeit waren die Themen bei der Frühjahrssitzung der Deutschen Kommission Justitia et Pax am 09./10. März 2018 in Köln. Die langjährige Geschäftsführerin, Frau Gertrud Casel wurde verabschiedet, die Nachfolge wird ab Mai 2018 Herr Dr. Jörg Lürer, bisher Stellvertreter und Leiter des Berliner Büros sowie in der Geschäftsstelle zuständig für den Sachbereich Frieden, übernehmen.

Im politischen Fachgespräch mit der amtierenden Umweltministerin, Frau Dr. Barbara Hendricks anlässlich der Verabschiedung der Geschäftsführerin wurden Veränderungen der Arbeitswelt in der Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda diskutiert. Dabei betonte die Ministerin die politischen Gestaltungsaufgaben, die mit der Energiewende einhergehen. So sei es etwa notwendig, in der Gestaltung des Strukturwandels auch die Schaffung neuer Industriearbeitsplätze in den Blick zu nehmen und zu fördern. Besonders in den Regionen, die von einem Ausstieg aus der Kohleförderung betroffen sein würden, sei diese Aufgabe drängend. Bischof Ackermann würdigte die Arbeit der scheidenden Geschäftsführerin. Er dankte ihr für die Impulse, die sie im politischen und innerkirchlichen Dialog gesetzt hat.

Die Kommission sprach sich nach ausführlicher Beratung mit Herrn Elmar Brok, MdEP und Prof. Dr. Heinz-Günther Stobbe entschieden dafür aus, Vereinfachungen im Russland-Ukraine-Konflikt zu vermeiden, die Integrität der Ukraine zu verteidigen und diese auf dem Weg zu Rechtsstaat und Demokratie verlässlich zu unterstützen. „Obgleich der Russland-Ukraine Konflikt derzeit eingefroren zu sein scheint und der Krieg in der Ostukraine kaum noch öffentliche Aufmerksamkeit findet, wäre es ein Irrtum, die Gefahr für überwunden zu halten.“ Der oftmals anzutreffenden Trivialisierung von Völkerrechtsbrüchen ist mit Blick auf die zukünftige Gestaltung der internationalen Beziehungen entschieden entgegenzutreten. Die Kommission plädierte für verstärkte europäische Dialoge und gemeinsame europäische Politik zur langfristigen Bewältigung des Konflikts.

Im Themenschwerpunkt Menschenwürdige Arbeit in der informellen Wirtschaft und der Allianz mit Gewerkschaften wurde sichtbar, dass sich in den Projektaktivitäten von Justitia et Pax die angestrebte entwicklungspolitische Hebelwirkung voll entfaltet habe, so das Fazit der Beratungen des jüngsten Evaluationsberichtes. In den vergangenen 15 Jahren ist die Bedeutung einer menschenwürdigen Arbeit, die die Familie ernährt (gerechtes Einkommen), für integrale Entwicklung, für Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik in der Zivilgesellschaft, in der staatlichen Politik national und international angekommen. Im Kontext dieser Entwicklung konnten die JP-Projekte im Sachbereich Entwicklung von kirchlicher Seite diese Fortschritte an wichtigen Stellen unterstützen und exemplarisch vorantreiben, so etwa bei der ILO Hausangestelltenkonvention C 189 und der ILO-Initiative Roadmap zur „Zukunft der Arbeit“ in Vorbereitung auf ihr 100 jähriges Jubiläum im Jahr 2019. Auch die Akteure am Runden Tisch JP haben das entstandene Netzwerk genutzt und weiter gefestigt, so z.B. Renovabis in seiner Pfingstaktion 2017 zu Wanderarbeitern und die Katholische Landvolkbewegung zur Zukunft der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik und Entwicklung im ländlichen Raum.

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
Telefax ++49(0)228-103318
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Daniel Legutke
Referat Menschenrechte
Tel.: 0228-103-348